

12.06.02

Antrag

des Freistaates Sachsen

**Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der Rechte von
Angehörigen Getöteter im Strafverfahren**

Freistaat Sachsen
Der Ministerpräsident

Dresden, den 12. Juni 2002

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Klaus Wowereit

Sehr geehrter Herr Prsident,

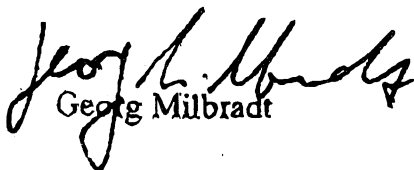
die Sächsische Staatsregierung hat beschlossen, dem Bundesrat die als Anlage mit
Begründung beigelegte

**Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der Rechte von
Angehörigen Getöteter im Strafverfahren**

zuzuleiten.

Ich bitte Sie, die Vorlage auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am
21. Juni 2002 zu setzen. Nach der Vorstellung im Plenum soll die Entschließung
den Ausschüssen zur weiteren Beratung überwiesen werden.

Mit freundlichen Gren


Georg Milbradt

**Entschließung des Bundesrats
zur Stärkung der Rechte von Angehörigen Getöteter im Strafverfahren**

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, unverzüglich die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen einzuleiten, um die Stellung der nahen Angehörigen Getöteter im Strafverfahren durch die Schaffung der Möglichkeit zur Beiordnung eines Opferanwalts zu verbessern.

Begründung:

Die Bedürfnisse der Opfer von Straftaten sind in den vergangenen Jahren zunehmend als ein rechtspolitisches Ziel von hohem Rang erkannt worden. Die verfassungsmäßige Ordnung des Grundgesetzes verpflichtet alle staatlichen Organe nicht nur dazu, Straftaten aufzuklären und über den Beschuldigten in einem fairen Verfahren zu richten; sie verpflichtet auch zu Fürsorge und Schutz derjenigen, die Opfer von Straftaten geworden sind und für ihre Angehörigen.

Das gilt besonders dann, wenn Verletzte oder deren Angehörige als Zeugen im Strafverfahren erneut gezwungen werden, sich mit der Tat und dem Täter zu befassen und damit schweren seelischen Belastungen ausgesetzt sind.

Die Länder setzen sich seit vielen Jahren für eine Fortentwicklung des Rechts zur Verbesserung des Opferschutzes ein. Durch das Erste Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren von 1986 (Opferschutzgesetz) ist der Zeugenbeistand eingeführt worden. Damit wurde der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung getragen, wonach aus dem im Rechtsstaatsprinzip verankerten Grundsatz des fairen Verfahrens für alle Zeugen das Recht abzuleiten ist, einen Rechtsbeistand ihres Vertrauens zu der Vernehmung hinzuzuziehen. Weitere Verbesserungen der Stellung der Verletzten im Strafverfahren sind mit dem am 1. Dezember 1998 in Kraft getretenen Zeugenschutzgesetz geschaffen worden. Seitdem ist es möglich, Verletzten über die Gewähr von Prozesskostenhilfe hinaus einen sogenannten Opferanwalt beizuordnen. Ende 1999 schloss sich das Gesetz zur strafverfahrensrechtlichen Verankerung des Täter-Opfer-Ausgleichs im Erwachsenenstrafrecht an. Die gesetzgeberischen Maßnahmen sind von den Ländern maßgebend mitgestaltet worden. Daneben haben die Länder große Anstrengungen unternommen, praktische Maßnahmen für einen verbesserten Opferschutz umzusetzen, wie zum Beispiel durch die Einführung von Zeugenbegleitprogrammen in den Gerichten.

Die bisherigen gesetzgeberischen Maßnahmen tragen den besonderen Bedürfnissen der Angehörigen Getöteter nicht ausreichend Rechnung. Der Verlust naher Angehöriger durch eine Straftat ist ein tiefgreifender Einschnitt im Leben eines Menschen, der mit schwerwiegenden seelischen Belastungen einhergeht. Es ist ein berechtigtes Anliegen der Hinterbliebenen, ebenso wie die berlebenden Opfer von Straftaten aus der passiven Rolle herauszutreten und aktiv durch Wahrnehmung eigener Rechte am Strafver-

fahren teilzunehmen. Hierzu bedarf es der Bereitstellung eines Opferanwalts auch für diese Gruppe der durch eine Straftat Betroffenen.

Der Bundesrat hat bereits mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung (Gesetz zur Stärkung der Verletztenrechte) unter anderem einen Vorschlag zur Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 397a StPO formuliert. Die Bundesregierung hat diesem Entwurf mit Rücksicht auf eine umfassende Reform des Strafverfahrens widersprochen. Die aufgezeigten Belange des Opferschutzes dulden jedoch keinen weiteren Aufschub. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung daher auf, diesen Widerstand aufzugeben und die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen nunmehr unverzüglich zu ergreifen.